

Postpartale Depression ist für viele ein Tabuthema. In der Gesellschaft ist das Bild vom Glück in der Elternschaft prägend – selbst Fachpersonal, das im Kontakt mit Eltern steht, transportiert oft eine entsprechende Erwartungshaltung.

Innerhalb des ersten Jahres nach der Geburt erkranken allerdings mindestens 15% der Frauen und mindestens 8% der Männer an der sogenannten postpartalen Depression. Betroffene Frauen leiden oft im Verborgenen, weil sie sich dafür schämen, nicht glücklich zu sein. Betroffene Väter neigen zu Aggressionen oder ziehen sich zurück.

Eine rechtzeitige Begleitung kann die Familie schützen und verhindert schwere Verläufe der Krankheit. Es besteht ein entsprechendes öffentliches Interesse an einer besseren Aufklärungsarbeit und an einem erfolgreichen Screening, weshalb ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen bitte.

1. Das Gesundheitsdepartement hat 2012 eine Informationskampagne zur postpartalen Depression durchgeführt. Wie war diese Kampagne angelegt? Wie viele kostete sie? Wie wurde sie ausgewertet? Und wieso wurde sie nicht weitergeführt?
2. Auswertungen zeigen, dass gezielte Schulungen des Fachpersonals wichtig sind. Im Kanton Zürich wird eine entsprechende Weiterbildung durch die Prävention und Gesundheitsförderung des Kantons aufgebaut. Was unternimmt der Kanton Basel-Stadt für eine umfassendere Sensibilisierung der Fachkräfte? Was für Bildungs- und Weiterbildungsangebote bestehen? Ist es denkbar, das Angebot aus dem Kanton Zürich auch in Basel zu realisieren?
3. Studien aus dem Ausland zeigen die positiven Auswirkungen einer bindungsfördernden Schwangerschaftsbegleitung auf die Gesundheit von Eltern und Kindern auf. Was für Angebote und Initiativen in diesem Bereich gibt es im Kanton Basel-Stadt? Ist der Regierungsrat bereit, das Potential einer besseren bindungsfördernden Schwangerschaftsbegleitung im Kanton zu evaluieren und entsprechende Massnahmen einzuleiten?
4. Mit Screenings könnte man gefährdete Personen frühzeitig erkennen und entsprechend unterstützen. Die Methode der Edinburgh-Depression-Scale (EPDS) ist international anerkannt. Sie wird in der Schweiz aber nicht flächendeckend angewandt. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass ein besseres Screening viele schwere Verläufe und damit hohe Gesundheitskosten verhindern würde? Was für rechtliche und finanzielle Massnahmen wären notwendig, um Screenings im Kanton Basel-Stadt flächendeckend durchzuführen?
5. Wenn ein Risiko für eine Depression festgestellt wird, heisst das leider noch nicht, dass auch entsprechende unterstützende Massnahmen getroffen werden können. Oft fehlen passende Angebote, an die behandelnde Fachkräfte verweisen könnten. Welche Institutionen sind aus Sicht des Regierungsrats geeignet für eine Begleitung gefährdeter Personen. Was für Massnahmen wären notwendig, um ein konsequenteres Case Management umzusetzen?
6. Es gibt wenige Mutter-Kind-Einrichtungen, die den Müttern und ihren Kindern eine eigene geschützte Umgebung und Behandlung anbieten können. Wie viele Betreuungsplätze stehen im Kanton Basel-Stadt zur Verfügung? Wie stark waren sie in den vergangenen drei Jahren ausgelastet? Bestehen oder bestanden Wartelisten?
7. Für Väter gibt es bisher gar keine Möglichkeiten für eine stationäre Unterbringung mit einem Baby in der Schweiz. Was für Hilfestellungen sind für betroffene Väter verfügbar? Wo könnten sie mit Kindern betreut werden?

Claudio Miozzari